

Saale-Beitung.

Sechshundertvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pf., solche auf Seite mit 20 Pf. bezahlt und in der Geschäftsstelle, St. Ulrichstraße 63, I sowie von unteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 Pf. für Halle und umwärts 1 Bl. Erhalten täglich vormals, Sonntag und Feiertage einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, St. Braunschweiger 17; Reichsgerichtsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: St. Ulrichstraße 63, I, Telephon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsbereich unter „Saale-Beitung“ eingetragen.

Für unbenutzte eingehende Nummern wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Beitung“ gestattet.

Hauptdruck der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementabteilung Nr. 1133.

Nr. 25.

Halle a. S., Sonntag, den 16. Januar.

1910.

Zur Strafprozeßreform.

Die Beratung der Strafprozeßreform ist im Reichstag endlich in Gang gekommen. Die erste Lesung ist beendet und die Vorlage an eine Kommission verwiesen. Sicher wird die Kommission in der laufenden Tagung mit ihren Arbeiten nicht fertig werden, so daß voraussichtlich der Reichstag diesmal vertagt und die Beratung in der Kommission den Sommer und Herbst hindurch fortgesetzt werden wird. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit ist es verwunderlich, daß die erste Lesung im Plenum verhältnismäßig geringes Interesse gefunden hat. Das Haus war schwach besetzt, und nur wenig Zuhörer hatten sich eingefunden, die den Verhandlungen über die so lange schlichtig erwartete Reform des Strafprozesses folgten. Die Redner aus dem Hause vertieften sich freilich vorwiegend in eine Fülle von Einzelheiten, die ja erwogen werden müssen, aber für weitere Kritik verhältnismäßig wenig Interesse bieten. Aus dem Ergebnis der ersten Lesung läßt sich noch nicht erkennen, wie sich die Reform in den Hauptpunkten gestalten wird. Die Einbringung des Schwurgerichts wird sicher beibehalten werden, da die ganz überwiegende Mehrheit des Reichstages gegen ihre Beseitigung ist. Wohl aber wird voraussichtlich eine Reform der Schwurgerichte erfolgen. Die letzte Verammlung der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre hat nach einem Vortrage des Professors v. Calker einstimmig den Beschluß gefaßt, es sei eine Reform des Schwurgerichts dahin zu erörtern, daß die Geschworenen an der Entscheidung über das Strafmäß zu beteiligen seien, der Reichstag möge dieser Anregung bei der Beschlußfassung über die jetzt zur Beratung stehende Novelle zur Strafprozeßreform Rechnung tragen.

Die hauptsächlichsten Angriffe gegen das Schwurgericht gehen von dem Reichspräsidenten aus, namentlich der im Verhältnis zu den Urteilen der Strafkammer großen Anzahl „ungerechtfertigter Freisprüche“. Ob diese Wirkursache wirklich berechtigt sind oder nicht, läßt sich schiedertings nicht nachprüfen. Die Motive für die Wahrsprüche der Geschworenen werden hinter geschlossenen Türen verhandelt, die „Entscheidungsgründe“, mit welchen sonst alle Urteile versehen sein müssen, fehlen bei diesen Wahrsprüchen, nur die nackte Sentenz „Ja“ oder „Nein“ wird beschlossen und verkündet. Schon deshalb sind die „Entscheidungsgründe“ der sachlichen und objektiven Kritik an sich entgegen. Die Abkündigung des einzelnen Geschworenen, ein „Entscheidungsgründe“, sind zum größten Teil nicht einmal den Mitgeschworenen bekannt, der kritischeren Angreifer der Wahrsprüche kennt die Entscheidungsgründe der einzelnen Geschworenen nicht, und noch weniger das Fazit der Entscheidungsgründe aller Geschworenen, aus denen heraus der ohne Begründung verkündete Wahrspruch mit der gesetzlich erforderlichen Stimmenzahl entfallen ist. Der Kritiker, welcher „Freisprüche“ behauptet, mag er selbst bei der Verhandlung ebenso aufmerksam anwesend gewesen sein, wie die zwölf Geschworenen, ja mag er selbst auch einer der Geschworenen gewesen sein, kann nur seiner individuellen abweichenden Auffassung über das Bild, welches die Verhandlung entrollt hat, Ausdruck geben, einer Auffassung, die vielleicht auch einzelne der Geschworenen, welche in der Minderheit geblieben sind, geteilt haben mögen. Eine Berechtigung aber, den Wahrspruch einer Geschworenenbank als „Freispruch“ hinzuzufügen, sollte sich eine einzelne Person eigentlich nicht anmaßen. Zu dieser Überhebung ist der einzelne um so weniger befugt, weil er die vielleicht sehr divergierenden Gründe der einzelnen Geschworenen nicht kennt, diese also nicht zu beurteilen imstande ist.

Eine andere Frage ist es, ob man nach dem immer allgemeiner auftretenden Bestreben, die Laien prinzipiell zur Nachspruchung hinzuziehen, die Geschworenenbank aus diesem Gesichtspunkte heraus auch bei der Entscheidung über das Strafmäß mitwirken lassen soll; dieses Ziel ist mit aller Entschiedenheit zu befürworten. Es ist an sich schon wenig verständlich und nicht ganz logisch, daß der eine Richter sich nur über die Hauptfrage ein Urteil bilden soll, ob eine Schuld vorliegt oder nicht, dagegen über die Höhe des Strafmaßes nicht mitzusprechen darf. Eine Zusammenwirkung beider Richterbänke bei der Strafzumessung ist die natürliche Konsequenz und dürfte in Zukunft auch bei der „Strafkammer“ eingeführt werden.

Würde dieses Ziel: Zuziehung der Geschworenen zur Entscheidung über das Strafmäß — zu erreichen sein, dann wäre der jetzt so häufig geübten scharfen Kritik, daß wegen der Entscheidung der Geschworenenbank entzogenen Bestimmung oder Mitbestimmung des Strafmaßes, häufig und

zu viel Freisprüche, ungerechtfertigte Freisprüche, unterlaufen, der Boden entzogen. Es läßt sich annehmen, daß auch diese Frage in der Kommission eine eingehende Erörterung erfahren wird.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung, Sonnabend, den 15. Januar, 11 Uhr.
Die erste Lesung der Strafprozeßnovelle.

Abg. Stadthagen (Soz.)
Ist in der fortgesetzten Beratung der erste Redner. Der Entwurf sei eine schwere Waffe gegen die Arbeiter, der bestehende Zustand würde noch verschlechtert, der Bahn für die Klassenjustiz noch mehr Wege geöffnet. Durch den Entwurf zieht sich der Gewanke, nicht unabhängige, sondern „zuverlässige“ Richter zu haben. Der Redner fordert die Beseitigung der Staatsanwaltschaft, Latenzrichter in allen Instanzen und auch aus der Arbeiterklasse, damit die Urteile gegen Arbeiter nicht zu häufig seien. Das Berufungsrecht soll nur dem Angeklagten gegeben werden.

Staatssekretär Visto
weist einzelne Behauptungen des Redners zurück. Ueber die Auswahl der Laien gibt es keine Vorschriften; selbstverständlich ist es sehr wünschenswert, sie aus allen Berufsklassen zu entnehmen, auch aus der Arbeiterklasse. Es müssen aber unabhängige Leute sein, die sich der Verantwortung des Richteramtes bewußt sind und auch die nötige Intelligenz besitzen. Der Staatssekretär wendet sich gegen die Zwitterbestimmung einer „Terminpolitik“ in der Provinz Posen, daß politische Sachen vor deutsche Schöffen gebracht würden, er erklärt den Wechsel der Richter zwischen Zivil- und Strafkammer für wünschenswert. Das Strafvorgeschick würde in Angriff genommen werden, sobald das Strafgesetzbuch neu geregelt sei.

Abg. Gräß (Wirtsch. Vgg.)
Herr Stadthagen wird ja in seiner eigenen Fraktion nicht traglich genommen. Vieles von dem, was Dr. Müller-Meinungen gesagt hat, findet auch auf der rechten Seite Beachtung; aber keine Verallgemeinerungen über die Staatsanwaltschaft sind nicht zu billigen. Die Ausdehnung der Zuständigkeit auf Preß- und politische Straftaten würden wir ablehnen. Wir sind auch für eine Mitwirkung des Katenalements in der zweiten Instanz. Das ist eine ungermanische Einrichtung.

Abg. Dr. Brunnermann (Rp.)
Wir wünschen nicht drei Laien und zwei Richter in der Strafkammer, sondern drei Schöffen und einen Richter. Die Abkündigung des Urteils muß vereinfacht werden, damit der Richter sein Können mehr der Urteilsfindung zuwenden kann. Weg mit dem vielem Schreibwerk!

Abg. Dr. Völsch (fr. Vp.)
Der Staatssekretär glaubt, daß nun alles gut und schön wird. Exzellenz sprechen ein großes Wort gelassen aus. Zum Schöffennamt sollen nicht nur Arbeiter und kleine Gewerbetreibende, sondern auch Frauen zugezogen werden. Entschieden protestiere er gegen die Bestimmung, daß bei Verleumdungsprozessen auf Antrag die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden darf. Denken Sie an den Dabbel-Prozeß.

Die erste Lesung der kleinen Novelle zum Strafgesetzbuch.

Die Vorlage hat in der vorigen Session bereits die Kommissionsberatung passiert. Es handelt sich um die Vorwegnahme einiger dringender Reformen vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs. Sie betreffen die Verleumdungen durch die Presse, geringfügige Diebstähle u. a.

Staatssekretär Visto
erklärt, daß die Regierung den vorjährigen Beschlüssen zustimmt. Einige Wünsche des Hauses, wie die Bestrafung von Telephonisten wegen Verrats von Amtsgeheimnissen würden bei der allgemeinen Revisionsvorlage verhandelt werden.

Abg. Engelens (Str.)
fordert eine härtere Bestrafung der Mißhandlung von Kindern und läßt Kritik an dem Preßverleumdungsparagrafen.

Abg. Pernia (lonf)
begrüßt mit besonderer Genugtuung den verstärkten Schutz der Ehe.

Abg. Heine (Krl.)
schlägt vor, die beiden Fragen, bei denen es in der vorjährigen Kommission grundsätzliche Gegenstände gegeben hat, die Bestimmung über die Verleumdung und Erpressung aus der Vorlage auszuheben und die übrigen Punkte jetzt zu regeln.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vp.)
stimmt dem zu.

Abg. Heine (Soz.)
erklärt den Preßverleumdungsparagrafen für unannehmbar. Die Vorlage geht an die Kommission für die Strafprozeßnovelle. Es folgt die erste Lesung des Welschentwurfes über die Haftung des Reiches für seine Beamten. Auch dieser Entwurf hat dem vorjährigen Reichstag schon vorgelegen. Er war in der Kommission liegen geblieben.

Staatssekretär Visto
erklärt, daß die in der vorjährigen Plenarberatung geäußerten Bedenken, die in erster Linie sich gegen die Beschränkung auf das Reich richteten, in der Kommission erörtert werden würden. Die Abg. Dr. Bitter (Str.) und Dr. Giese (lonf.) erklären sich mit der Beschränkung auf das Reich einverstanden. Die Abg. Dr. Jund (Krl.), Gylling (fr. Vp.) und Heine (Soz.) fordern dagegen die Ausdehnung des Reichsgebietes auch auf die Reichsverwaltungen der Beamten der Einzelstaaten und der sonstigen öffentlichen Korporationen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Montag 1 Uhr: Interpellationen über die Pensionsversicherungen der Beamten, die Unterführung arbeitsloser Tabakarbeiter und den Mansfelder Bergarbeiterstreik. Schluß 3¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
2. Sitzung vom 15. Januar.

Am Ministerische: Frhr. v. Rheinbaben, Sydow, Pfeiler, v. Trost zu Solz, Breitenbach, von Wollke.
Der bisherige Vizepräsident Dr. Porzich eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Wahl des Präsidiums.
Auf Vorschlag des Abg. Stengel (freilonf.) wird das bisherige Präsidium durch Juch wiederabgewählt. Vizepräsident Dr. Porzich erklärt namens des abwesenden Abg. v. Krüger (lonf.), daß dieser die Wiederwahl zum ersten Präsidenten annehme. Dr. Porzich (Str.) und Dr. Krauß (nl.) nehmen die Wiederwahl zum ersten Vizepräsidenten ebenfalls mit Dank an. Auch die Schriftführer werden wiederabgewählt.

Erste Lesung des Etats.

Abg. v. Pappenheim (lonf.)
Dem Ministerpräsidenten habe ich im Auftrage meine Freude zu empfinden, daß auch wir uns der Hoffnung hingeben, daß wir mit ihm auf dem Wege sachlicher Erwägungen zum Wohls des preussischen Staates arbeiten werden. Seine reichen Kenntnisse der preussischen Verhältnisse und Bedürfnisse werden es ihm davon lind überzeugt, ermöglichen, auch in seinen neuen Stellung zum Nutzen Preußens zu wirken. Wir wünschen und hoffen dies um so mehr, als wir der Ansicht sind, daß das Gebeil Preußens und die Erhaltung seiner Hochstellung in Reich die sicherste Gewähr für die Erhaltung eines hohen Deutsch tums ist. (Beifall rechts.) Die außerordentliche Finanzprädikation des Ministerpräsidenten durch seine Geschäfte als Reichsminister lassen es mir zweifelhaft erscheinen, ob er imstande sein wird, in preussischen Staatsministerum dauernd so zu wirken, wie es wünschenswert wäre. Es muß erwogen werden, ob darum nicht ein Stellvertreter für seine Geschäfte in Preußen zu ernennen wäre.

Unsere Stellung zur Wahrspruchänderung
haben wir schon früher kundgegeben. Dem haben wir nichts hinzuzufügen. Die Finanzreform legt uns nahe, von neuem zu betonen, daß die indirekten Steuern dem Reich und die direkten Steuern der Einzelstaaten auch weiter zufließen müssen. Die direkten Steuern sind unbedingt notwendig für die Einzelstaaten (Beifall Zustimmung rechts). Der preussischen Regierung kann ich den Vorschlag nicht erparan, daß sie für die Verwirklichung dieses Verständnisses im Falle nichts getan hat. (Beifall Zustimmung rechts; Lachen links.) Die Vergebung der Bevölkerung hätte dann nicht so weit getrieben werden können. — Der Redner beipflichtet dann im einzelnen den Etat.

Finanzminister frhr. v. Rheinbaben:

Ich will auf die Reichsfinanzreform auch heute nicht materiell eingehen. Der Vorschlag, daß die preussische Regierung an der Vereinerung der Verbrauchsgegenstände durch die Reichsfinanzreform schuld sei, ist unbedeutend. Die Finanzreform ist ein Maßregel des Reichs und von den verbündeten Regierungen durch beraten und beschlossen worden. Wir tun am besten nicht mehr rückwärts, sondern vorwärts zu schauen, die Kritik an der Reichsfinanzreform einzustellen und uns zu vergegenwärtigen, daß sie jedenfalls die Finanzen des Reiches auf eine solide Basis gestellt hat. Die nationalen Parteien sollten sich wieder zusammenfinden auf dem Boden gemeinsamer Arbeit und auf die unfruchtbarer Erörterung vergangener Dinge verzichten. Eine über 120 Millionen hinausgehende Finanzprädikation der Einzelstaatsminister für das Extraordinarium soll nur in äußersten Ausnahmefällen erfolgen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Was die Schiffsahrtsabgaben anlangt, so ist es in hohem Maße erwünscht, diese Frage endlich zum Abschluß zu bringen. Ich stelle fest, daß die von uns ausgearbeitete Vorlage allen denjenigen Bedenken Rechnung trägt, die von den Gegnern der Schiffsahrtsabgaben, soweit sie nicht grundsätzliche Gegner sind, erhoben worden sind. Preußen hat den übrigen Bundesstaaten weitgehendes Entgegenkommen bewiesen; jede partikulärwirtschaftliche Tendenz ist der Vorlage fremd. Wir leben in der Vorlage ein nationales Werk, deshalb waren wir ursprünglich auch geneigt, die Sache auf reichsgesetzlichem Wege zu regeln. Daß unsere Vorlage nicht verkehrsfähig ist, ergibt daraus, daß eine Reihe berufener Handelsvertretungen, so die Handelskammer zu

Hamburg, sich mit ihr einverstanden erklärt haben. Die preussische Regierung ist überzeugt, daß sie mit der Vorlage Erfolg haben wird, die durchaus den traditionellen bundesfreundlichen Standpunkt Preussens darstellt.

Abg. Dr. v. Tappert (Voll.):

Der Ministerpräsident hat in seiner Antrittsrede auf das Vertrauensverhältnis verwiesen, das sich während seiner früheren Tätigkeit zwischen dem Saule und ihm entwickelt habe. Bezieht die Vertrauenswürdigkeit? Herr v. Bethmann hat an dem Vertrauensverhältnis und an der Entschuldigungsverpflichtung mitgemittelt, einen großen Teil des Volkes unter eine Ausnahmebeziehung stellt. Wo soll das Vertrauen herkommen?

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Der Finanzminister hat vor dem Reichstage eine tiefe Verbeugung gemacht, weil er die gekündigten Militärkreditbeiträge den Einzelstaaten abgenommen hat. Das war recht unbegründet, denn diese Beiträge sind lediglich auf die Reichsstadt übernommen worden. Das hätten wir in Preußen auch gefordert. (Seitertell.) Trotzdem hat der Finanzminister einen Hüffel von Herrn v. Pappenheim bekommen, weil die Regierung das Volk nicht gehörig über den Segen der Finanzreform aufgeklärt habe. Wäre die Finanzreform eine gute Sache, so würde sie sich von selbst empfehlen, aber sie ist in sozialpolitischer Hinsicht das unglücklichste Kind, das je geboren ist. (Läch. Beifall links.) Wir werden die Bevölkerung darüber aufklären, daß die Konzeptionen eine gesunde Finanzreform verbinden haben. (Lachen rechts; erneuter Beifall links.) Die Frage der Schiffahrtsgesetze abgeben mit den anderen Bundesstaaten befragend zu regeln, wird Aufgabe unserer Gesandten bei diesen Staaten sein, die damit doch auch endlich einmal etwas zu tun bekommen. (Seitertell.)

Wunderbar ist es,

daß man hier vor einer Verfassungsänderung nicht zurückschreckt, wie man es bezüglich der medienbunischen Frage tut. Ich hätte mich gewundert, wenn Herr v. Rheinbaben in seiner Eigenschaft die Bedeutung der Landwirtschaf nicht wieder herbeigehoben hätte. (Seitertell.) Obgleich er das in jeder Rede tut, bezweifle ich, daß die Landwirtschaf damit zufrieden ist.

Das demagogische Treiben des Bundes der Landwirte, der in vielen hohen Verwaltungskreisen immer noch seine Privilegien leben kann, ist nicht zu übersehen. Wir werden dem Bundes der Landwirte nicht mehr wie vor beizupflegen und laubens gerade dadurch der Landwirtschaf zu dienen. (Beifall.) Wie steht es mit einer anderen Zusammenlegung der Steuererhebungskommission? Die direkten Steuern müssen ordentlich erhöht werden. Wie sieht es mit den längst versprochenen Wassersegele? Wie mit der Kalkulationsgesetzgebung. Notwendig ist eine Befreiung der Staatsoffiziere über die Selbstverwaltungsdörper. Dem Ministerpräsidenten werden wir ohne Mißtrauen begegnen. In ein parlamentarisches Regime ist bei uns ja nicht zu denken. Aber man sollte doch wenigstens in die letzten Verwaltungskreisen

fähige Männer aus allen bürgerlichen Parteien

berufen. Seit dem Antritt des Herrn v. Mohle ist das nicht mehr geschehen, und die Erneuerung der Verwaltungskreise zeigen, daß die Regierung auf dem Standpunkt steht, der geleimte Verwaltungsapparat müsse in konservativen Händen liegen. Dabei hat Herr v. Bethmann selbst gesagt, sämtliche bürgerlichen Parteien hätten begründeten Anspruch auf die Teilnahme an der Verwaltung. Diesen Anspruch werden wir nicht aufgeben! (Beifall links.) Die Art, wie der Minister v. Mohle die Saule mitunter behandelt, ist wenig angemessen. Als vor hier über die Freiheitspartei der Abgeordneten verhandelt, schickte er einen Kommissar her. Das ist keine des Saules würdige Behandlung! (Lächlicher Beifall links.) Es mag ein demütigender Eindruck, daß wir in Preußen keine Freiheitspartei haben. (Lächliche Zustimmung links.) Dabei hat dieses Saule sich der Regierung gegenüber geradezu vornehm benommen. (Lächliche Zustimmung.) Was uns ist letztendlich der Antrag ausgegangen, die

Gedächtnis der Minister

zu erhöhen! Die Freiheit wird für viele Abgeordnete eine wesentliche Erleichterung sein. (Beifall.) Die Regierung hat den „Westfonds“ für Rheinland und Westfalen um 20 000 Mk. gestiftet. Diese Verfügung sollte rückgängig gemacht werden. Der Redner schließt: Meine Partei wird sich weder durch Angriffe von rechts noch von links von ihrer grundsätzlichen Bahn ablenken lassen. Unnatürliche Koalitionen verschmähen wir getreu unserer Traditionen. Deshalb ist es auch ein altheres Gewerbe, wenn hier und da von einem Großblod gesprochen wird, an dem wir beteiligt sein wollen. (Schr. Hört!) Wie geben gerade aus, den Hosen unserer Herr. Wir wissen nur zu gut, daß die Freiheit der kleineren Partei am besten dient, der sich selbst trenn bleibt. (Beifall bei den Nationalisten.)

Minister des Innern v. Molke.

Die Kommission zur Lösung der Verwaltungsreform ist in voller Tätigkeit. Bei der Anstellung der Beamten frage ich nicht nach dem politischen Standpunkt, sondern nur nach der Tüchtigkeit und Fähigkeit des Betreffenden.

Abg. Herold (Str.):

Wir haben die Reichsfinanzreform zustande gebracht zu Ruh und Frieden des ganzen Landes. Die Nationalisten haben aus parteipolitischen Gründen (schr. Widerspruch bei den Nationalisten) gegen die Finanzreform eine Agitation im Lande entfacht, die sich in nichts mehr von der Agitation der Sozialdemokratie unterscheidet. (Stimmlicher Widerspruch bei den Nationalisten, Beifall im Str.) Die Nationalisten wollen dieselben Steuern bewilligen, wegen deren sie uns jetzt zu distanzieren suchen. Dr. Friedberg sprach von den Traditionen seiner Partei. Wenn man nur wüßte, was das für Traditionen sind! Er lobt den früheren Blod und lehnt den Großblod ab. Ja, wie war denn das in Baden? (Zuruf: Bapern!) In Bapern haben wir uns nur für einen bestimmten Fall mit den Sozialdemokraten zusammengetan. Wir werden uns niemals dauernd mit ihr verbinden. (Lachen links.)

Neue Steuern

dürfen in Preußen, wie auch im Reich vorläufig nicht kommen. Mit den jetzt verfügbaren Mitteln muß Saule gefast werden. Bei Einführung von Schiffahrtsgesetzen werden die Mittel gezeichnet sein, die Schiffahrtsgesetze zu verabschieden. Die kommende Wahrsprechvorlage wird uns sicher nicht befriedigen. Wir verlangen in erster Linie das geheime Wahlrecht, nicht bloß für die Parlamente, sondern auch für die Kommunalwahlen, gerade mit Rücksicht auf die Ratowitzer Vorkommnisse. Der Redner verlangt im weiteren, daß bei der Besetzung der Verwaltungsstellen die Katholiken nicht systematisch zurückgekehrt werden, und schlägt die Schwärzungen, die den katholischen Ordensniederlassungen bereitet werden. Die Polenpolitik findet nicht unseren Beifall. Sparsamkeit ist überall im Staate notwendig. Herr Finanzminister! Schaffen Sie die

Hälfte Ihrer vorliegenden Räte ab, die Hälfte der Regierungsräte bei den Bezirksregierungen. Das ist möglich, wenn nicht zu viel regiert wird. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Es ist nicht richtig, daß bei der Besetzung der Verwaltungsstellen nur Tüchtigkeit maßgebend ist. Rein Konfession und Parteienangehörigkeit spielen dabei eine große Rolle. Wir Katholiken wissen das. (Sehr richtig im Str.) Die Lehret müssen von christlichen Geistes durchdrungen sein. Der Geist des Umwärtzes nimmt überhand. Man denke nur an den Herrensammel! In früheren Zeiten erinnert man sich gern der Religion. Wir werden nicht nachlassen im Kampfe für kirchliche und konfessionelle Saule. Wir wollen den konfessionellen Frieden. (Abg. Dr. Friedberg: „Sie hören ihn!) Wenn wir angegriffen werden, werden wir uns und verteidigen unsere Glaubensfreiheit. Dabei werden uns hoffentlich auch die anderen Parteien und die Regierung unterstützen. (Beifall im Str.)

Das Haus vortag sich. Persönlich weist Abg. Dr. Friedberg (Nat.) die Behauptung des Abg. Herold zurück, daß ein ehe-maliges Mitglied der nationalst. Partei diese der „Aufsichtsratspolitik“ bezichtigt habe.

Abg. Herold (Str.): Ich habe nirgends ein Dementi dieser Behauptung gefunden.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluss 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Liberaler Einigung.

Der Zentralausschuss der freisinnigen Volkspartei trat gestern abend in Berlin zusammen, um zu den Beschlüssen des Vorer-Ausschusses Stellung zu nehmen. Die Vertrauensmänner der Abklärerschaft aus allen Teilen des Reiches sollen ihr Urteil zu sprechen haben sowohl über den Programmwortlaut wie über die vorgeschlagene Organisation. Wir hoffen, daß die große Mehrheit ein günstiges Urteil fällen wird, wenn sie auch an dem langatmigen Namen „Deutsche freisinnige Volkspartei“ Anstoß nimmt und ihn durch eine andere kurze und knappe Bezeichnung zu ersetzen wünscht.

Eine neue preussische Universität?

Seit einiger Zeit — und zwar nicht seit heute oder gestern, wenn schon die Bestrebungen erst neuerdings in die weitere Öffentlichkeit bringen — ist man in Kreisen, denen es nicht an Einfluß und auch nicht an Mitteln gebricht, bemüht, in Frankfurt a. M. eine Universität zu begründen.

Man kann den Frankfurter Bürgern, die so den Glanz ihrer ruhmreichen Vaterstadt zu erhöhen wünschen, diese Bemühungen nicht verübeln. Die neubestehende Entwicklung hat der alten Kaiserstadt doch manches genommen (man sie ist ohne Frage allerlei wieder zuzufügen), und schließlich bleibt es ein schöneres Ziel lokalpatriotischen Ehrgeizes, nach einer Universität zu streben, und darauf die Freigebigkeit reicher und opferfreudiger Bürger zu lenken, als nach modernen Mustern auf die Errichtung von Rennbahnen und Sportplätzen. In diesem Sinne gegen die Errichtung einer Universität in Frankfurt mancherlei Einmände zu erheben sind. Zunächst haben wir im allgemeinen wohl keinen Mangel an Universitäten. Gewiss, manche Hochschulen sind überfüllt und kaum mehr imstande, ihren Lehrgeworden zu genügen. Aber diese Mängelzustände werden dadurch noch nicht entlastet, daß wir an einem anderen Brennpunkt großstädtlichen Lebens eine neue Hochschule errichten. Hier wäre es vielmehr not, den Strom der Studienbeisessenen den feinen Universitäten zuzulenken, die vielfach ein recht kümmerliches Dasein fristen. Sollte aber überhaupt eine neue Universität begründet werden, so läme doch höchstens bei so solchen Umständen arme Oden in Betracht (sohien auch nach d. R. Richtung einiges zu bedenken wäre), nicht aber die Gegend am Mittelrhein, die mit hohen Schulen ohnehin geradezu besetzt ist.

Ahlwardt auf Reisen.

„Ahlwardt, der längst Totgebauete, hat das Bohren nach Kati, das er eine Reihe von Jahren mit Fleiß und Glück getrieben, aufgegeben und sich (für 20 Wfr. Entree pro Abend) abermals der Politik zugegeben. „On revient toujours...“ Der frühere Rabauantensitt „arbeitet“ jetzt als Jesuitenlöter. Man spricht uns:

L. Dresden, 15. Jan. Rector a. D. Ahlwardt hielt hier gestern einen Vortrag, das Eintrittsgeld betrug zwei Groschen. Ahlwardt meinte, er bliebe nicht in Berlin, weil die Saule leichter für eine große Pöze zu haben seien.“ Er hoffte auch, daß man ihm dazu behilflich sein werde. Zunächst habe er eine G. M. B. S. gründen wollen, die ihm das Geld für seine herauszugehenden Schriften erbringen sollte. Dann ging der „Rector“ mit den Jesuiten ins Gericht: Was die Sozialdemokratie als Endziel anstrebe, das gehe alles durch die Jesuiten konstant. Was B. M. er in Laubarbeit bei Dresden bei der geistlichen Förderer der Jesuiten und der Schriftsteller Karl Man würde nicht zu seiner Bekümtheit gelangt sein, wenn er nicht von den Jesuiten mit Stoff versorgt worden wäre. Auch die Engländerherge in Deutschland sei Jesuitenwerk. Der Hädelbund sowie viele Tobesfälle, wie A. B. der des Professors Dr. Saffe in Leipzig, des Kaisers Josef sowie der des Grafen Hülsen-Häßeler in Donaueschingen sei auf das Konto der Jesuiten zu setzen. Ein berühmtes Gift der Jesuiten ist Quatofana, das nicht immer tödlich zu wirken braucht, sondern unübersehlich zu fittlichen Vergehungen aufreize. Auch Triolen-Schad sei zu den fittlichen Vergehungen durch das sogenannte „Lilienwasser“ veranlaßt worden. Man hielt, des Rectors Kampfersart hat an unfreiwillem Humor nichts eingebüßt.

Einberufung des weimarschen Landtages.

Den Landtagsabgeordneten ist jetzt offiziell mitgeteilt worden, daß der 32. Ordentliche Landtag am Sonntag, den 30. Januar, eröffnet wird. Das Einladungsschriftstück trägt die Unterschrift des früheren Landtagspräsidenten Hr. v. Rothenburg, der dem neuen Landtag nicht mehr angehört.

Parlamentarisches.

Die Jollerschönungen auf Spielwaren im neuen französischen Zolltarif, die von der französischen Deputiertenkammer beschlossen worden sind und vom Senat Anfang Februar beraten sollen, werden von freisinniger Seite im Reichstage und in der parlamentarischen Abgeordnetenkammer zum Gegenstand von Interpellationen gemacht werden.

Im Abgeordnetenhaus ist der Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach über die Ergebnisse des Betriebs der vereinigten preussischen und hessischen Staatsseisenbahnen im Rechnungsjahre 1908 eingegangen.

Zentrumsentwürfe. Im Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Koenen mit Unterstützung der Zentrumsfraktion folgenden Antrag eingebracht: „Die tgl. Staatsregierung ist aufzufordern, Maßnahmen zur Herbeiführung eines wirksameren Schutzes gegen die schäweren Schädigungen zu treffen, die unserem Volkseisen durch die zunehmende Verbreitung der öffentlichen Unfittlichkeit und insbesondere der veranlassenden Jugend durch überhand nehmende Pornographie und Schundliteratur zugefügt werden.“ Ein Antrag Trimborn wünscht eine Prüfung darüber, ob Maßnahmen zweckdienlich erscheinen, die eine bessere Gewähr dafür schaffen, daß die dem Lehrherrn bezüglich der Schulungsausbildung anvertrauten Wffizien wirksam erfüllt werden.

Parteinachrichten.

Verbot einer sozialdemokratischen Versammlung.

H. B. Frankfurt a. M. 15. Jan. Die sozialdemokratische Partei hatte für morgen im Tivoli-Garten eine Wahl-demonstration und eine Versammlung unter freiem Himmel geplant. Der Polizeipräsident hat jedoch die Erlaubnis zu dieser Wahl-demonstration verweigert, und zwar heißt diese Maßnahme in Zusammenhang mit dem Umzuge der Sozialdemokraten gelegentlich der letzten Versammlung und der Demonstration vor dem Bismarck-Denkmal, wobei die Polizei überführt worden war.

Sozialdemokraten beim Kaiserhof. Einen Ausweg aus dem Zwiespalt, in den die Gesellen regelmäßig beim Kaiserhof geraten, haben die Sozialdemokraten in der Stadtvorordnetenversammlung zu S. E. t. t. in gefunden. In der ersten Sitzung im neuen Jahre blieben die Sozialdemokraten am Donnerstag gleich von Beginn an stehen, so daß sie sich, als der Vorstehende am Schluss seiner Begrüßungsansprache zum Kaiserhof aufforderte, nicht erst von ihren Plätzen erheben brauchten.

Aus den Kolonien.

Kohlen in Deutsch-Südwest?

OKG. Ueber Kohlenvorkommen in Deutsch-Südwestafrika, von denen häufig die Rede gewesen ist, hat sich jetzt nach einem längeren Aufenthalt im Schutgebiet Professor Dr. Scherl nicht sehr hoffnungsvoll ausgesprochen. Er meint, die bei Karas gefundenen „Schmiedeln“ seien kaum Kohle zu nennen. Die geplante Formation des Kamalandes lasse nicht auf das Vorhandensein von Kohle schließen, jedenfalls sei sie nicht mit der sohenjüngeren Karu-formation von British-Südafrika zu vergleichen.

Eine ernste Warnung nach man aus den Worten des Gelehrten über die Projektierbarkeit im Lande lesen. Er meint, es wird zu planlos und oft ohne die geringste Aussicht jeder Minierkultur nachgegangen. Man müsse sich mehr daran gewöhnen, bevor man viel gutes Geld in Aufschußarbeiten hineinsteckt, wirklich sachverständigen Rat einzuziehen. Im Interesse der bergbauischen Zukunft des Landes sei dies dringend zu empfehlen. Es läme leider auch in Deutschland vor, daß mehr Geld in solche gänzlich überflüssige Arbeiten, deren Sohmungslosigkeit ein wirklicher Sachverständiger sofort übersehen könnte, hineingesteckt würde, als jemals an Gewinn und im günstigen Falle herauszuboten sei. Durch solche verfehlte Unternehmen könne dem Ruf des Schutgebietes unendlich viel geschadet werden, und das müsse vermieden werden.

Keine politische Nachrichten.

Die preussischen Lehrerbildungsanstalten. Die Zahl der Seminare ist in den letzten Jahre von 220 auf 220 gesunken. Neu gegründet sind 6 evangelische und 3 katholische Lehrseminare, sowie 2 katholische und 3 habsburgische Lehrseminare, während 1 berechtigte Lehrerbildungsanstalt eingegangen ist. Von den 178 Lehrseminaren sind 112 evangelisch, 60 katholisch, 4 paritätisch (in Posen und Hesse-Nassau) und 2 israelitisch (in Hannover und Hesse-Nassau). Davon entfallen auf die Provinz Sachsen 15 evang. und 1 katol. Anstalt. Von den 72 Lehrerbildungsanstalten sind 19 katolisch und 53 habsburgisch oder privat, während die Angabe der Konfession meist fehlt. In der Provinz Sachsen gibt es 1 habsburgisches und 4 habsburgische oder private Lehrseminare. Die Zahl der Präparandenanstellungen liegt von 79 auf 83; davon sind 51 evangelisch, 29 katholisch und 3 paritätisch. Auf die Provinz Sachsen kommen 3 evang. und 1 katol., zusammen also 4 Präparandenanstalten.

Auf Anregung der Berufsorganisationen technischer Angestellter, im „Reichsarbeitsblatt“ auch über die Stellenvermittlungsergebnisse der technischen Verbände zu berichten, hat dieses die Resultate der Vermittlungen von sechs technischen Verbänden bekanntgegeben. Im allgemeinen zeigen die Darlegungen des „Reichsarbeitsblatts“ sehr deutlich die ungünstige Lage des technischen Arbeitsmarktes. Hundert offenen Stellen stehen nach diesen Ziffern durchschnittlich 220 Bewerbungen für Betriebspersonal und 199 Bewerbungen für Bureaupersonal gegenüber. Das Angebot von technischen Arbeitskräften ist also doppelt so groß wie die Nachfrage. Hieraus folgt das ebenfalls hinfällig festgestellte Eintreten des Wertes der technischen Arbeitskraft. Solche Schlichter und schlechte Arbeitsbedingungen sind deshalb heute im technischen Bereiche zu finden.

Praktische Arbeit im Dienste der Frauen-Ausbildung. Letzt der Verband für handwerksmäßige und fadgewerbliche Ausbildung der Frau. Dieser hat in Berlin einen weiblichen Lehrstellennachweis errichtet und sich in einem Antritteben an 60 Innungen, an die Gewerkschaften und an die Eltern der Volksschülerinnen gewandt, worin um Zustimmung zu dem Vorgehen und um Nennung geeigneter Meister gebeten wird, die weibliche Beihilfe aufnehmen wollen. Mehrfache Schreiben ergingen an Fabriken mit Lehrbetrieb. Ueber den Erfolg dieses interessanten Experiments wird später berichtet werden. — Es wäre zu wünschen, daß dieser erste Versuch sich

nicht auf Berlin beschränkt, sondern daß die Arbeit auch in anderen Städten sofort in Angriff genommen würde. Wo das geschehen soll, muß ein Ausschuß aus Frauen, Fortbildungsschullehrern, Meistern und Vertretern der Gewerkschaften gebildet werden.

Sof. und Personalnachrichten.

* Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Rumänien sind gestern früh von Bukarest nach Berlin abgereist.
* Der kaiserliche Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, ist mit Gemahlin in Berlin eingetroffen und hat im Hotel „Britol“ Wohnung genommen.

See- und Flotte.

General der Kav. S. Wagner, Gouverneur von Straßburg, ist auf sein Abschiedsgeld zur Disposition gestellt worden. Walter v. Wagner ist am 19. Februar 1848 geboren, steht also im 64. Lebensjahre. Er entstammt einer schlesischen bürgerlichen Familie, die bei DeLis begütert ist, und ist seinerzeit, was für die gegenwärtigen Verhältnisse beachtenswert ist, ohne den Adel zu besitzen, beim Königs-Jularen-Regt. auf Beförderung eingetretten und hat auch dem Leib-Garde-Jularen-Regt. noch als Bärregiment angehört. Von 1864 bis 1881 stand er im 7. Infanterie-Regt., in dem er bereits mit 28 Jahren Rittmeister wurde, nachdem er sich vorher im Kriege gegen Frankreich das Eisener Kreuz 1. Kl. erworben hatte.

Der General der Infanterie Ritter Hentschel v. Gilgenheim, kommandierender General des XV. Armeekorps in Straßburg, ist am 13. d. M. in Genehmigung seines Abschiedsgelds zur Disposition gestellt worden. Leopold Ritter Hentschel v. Gilgenheim war der dem Dienstatte nach älteste kommandierende General des preussischen Heeres. Er fand seit nahezu sieben Jahren an der Spitze des 45. Infanterie-Regiments und gehört der Armee seit mehr als 45 Jahren an. In seinem Nachfolger ist, wie wir bereits meldeten, der bisherige älteste Divisionskommandeur der Armee Generalleutnant v. Rabec erkannt worden, der seit nahezu vier Jahren an der Spitze der 28. Division in Karlsruhe stand.

Ausland.

Neue Freude im Haag.

* Die Königin Wilhelmine der Niederlande hat, wie man aus dem Haag berichtet, das Schloß Zoo verlassen und bringt, wie alljährlich, die Wintermonate in der Hauptstadt ihres Landes zu. Dort fand vor einigen Tagen ein Hofball statt, an dem die Königin teilnahm. Sie sah ihren Gästen während des Abends in einem Lebenshülle sitzend zu. Man nimmt diese Tatkunde allgemein für eine Bestätigung des seit mehreren Wochen verbreiteten Gerüchtes, daß die Königin sich von neuem in gesegneten Umständen befindet. Der Geburt eines zweiten Kindes der Königin würde man mit nicht geringerer Spannung entgegengehen, als der des ersten. Denn wenn dieses zweite Kind ein Sohn ist, so wird es Kronprinz der Niederlande,

und sein älteres Schwesterchen, die im vorigen Jahre gegebene Kronprinzessin Juliane, verliert den Titel einer Kronprinzessin und das unmittelbare Recht auf die Thronfolge.

Letzte Nachrichten.

Zusammentritt des Zentralausschusses der Freiwirtschaftlichen Volkspartei.

Beratung über die Frage der Einigung der linksliberalen Parteien.

□ Berlin, 15. Jan. (Privattelegramm.) Der Zentralausschuss der Freiwirtschaftlichen Volkspartei, der aus den Vertretern der Partei und je 2 Delegierten der Bezirks- und Provinzverbände besteht, ist heute im Reichstag zusammengetreten, um zur Frage der Einigung der linksliberalen Parteien Stellung zu nehmen. Die Sitzung war so zahlreich besucht, daß das seit vielen Jahren regelmäßig für die Versammlungen des Zentralausschusses zur Verfügung gestellte große Beratungszimmer der Budgetkommission nicht Raum genug bot und daß deshalb der Zentralausschuss in das benachbarte größere Präfekturzimmer überleben mußte. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Reinhardt Schmidt eröffnete der stellvertretende Vorsitzende des Zentralausschusses Abg. Funck die Versammlung mit einem tief empfundenen Nachruf für die seit den letzten Sitzungen im Juli verstorbenen Parteifreunde, insbesondere für den alten Freund Eugen Richter und Reinhardt Schmidt. Er schloß mit dem Gelöbnis, das Andenken von Reinhardt Schmidt als Vorbild auf in die neuen Verhältnisse mit hinüber zu nehmen. Die Verhandlungen über die Frage der Einigung wurden eröffnet durch ein Referat des Abg. Dr. Wilmmer über die Verhandlungen und Beschlüsse des Viererausschusses.

Englische Wahlergebnisse.

H. London, 15. Jan. Die Unionisten Hugh-Geoffill und William Ans sind als Kandidaten der Universität Oxford ohne Gegner gewählt worden. Desgleichen wurden gewählt zwei Kandidaten der Universität Cambridge. Mit den gestrigen zwei Unionisten Wills und Guinness und Chamberlain sind bis jetzt 8 Unionisten gewählt.

London, 15. Jan. (Meldung von Louis Virechs Depeschsbureau.) Um 8 Uhr 45 Min. abends wurde die Wahl von 11 Unionisten, 5 Freikämpfern und ein Vertreter der Arbeiterpartei proklamiert.

Zollunterschiede zwischen Belgien und Frankreich.

H. Brüssel, 15. Jan. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Protestbewegung in Belgien gegen die französischen Zölle bereits die französische Regierung

veranlaßt, Unterhandlungen mit der belgischen Regierung anzuknüpfen, um einen modus vivendi zu vereinbaren, welcher für beide Teile annehmbar wäre. Der Finanzminister hatte seinerzeit erklärt, daß die belgische Regierung gezwungen sei, Verteidigungsmaßregeln gegen Frankreich zu treffen. Es handelt sich hierbei aber hoffentlich um eine vorübergehende Maßregel, welche keineswegs eine Aenderung der belgischen Wirtschaftspolitik bedeutet.

Bombenattentat in Belgien.

H. Brüssel, 15. Jan. Ein neues Dynamitattentat ist heute in Angleur verübt worden. Eine Dynamitpatrone explodierte vor der Wohnung des Postbeamten Berthin und richtete bedeutenden Schaden an. Zwei benachbarte und zwei an das Haus angrenzende Bauflächen sind erheblich beschädigt worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Es sind nun zwei Dynamitattentate, die innerhalb 48 Stunden in Angleur stattgefunden haben.

Grün Lonyai in Brüssel.

H. Brüssel, 15. Jan. Die ehemalige Kronprinzessin Stefanie ist mit ihrem Gemahl, dem Grafen Lonyai, heute vom Budapest kommend hier eingetroffen. Sie wurde vom Bahnhof in einem königlichen Automobil abgeholt und in das Hotel „Bellevue“ gebracht, wo sie während der Dauer ihres Aufenthaltes für eine Woche Wohnung nehmen wird.

Parteienkampf in Spanien.

W. Madrid, 15. Jan. Die Anzahl der gemäßigten Offiziere beträgt vierzig. Die karlistischen Blätter bekreiten energisch jede Solidarität dieser Offiziere mit ihrer Partei. Sie werfen die Schuld an den Kundgebungen auf den karlistischen Abgeordneten Lorens, welcher eine Anzahl Artikel veröffentlichte, die gegen den Kriegsminister gerichtet sind. Uebrigens ist das gesamte Kabinett solidarisirt.

Expräsident Loubet am Star erkrankt.

H. Paris, 15. Jan. Der ehemalige Präsident der Republik Emile Loubet ist, wie die „Patrie“ vernimmt, am Star des linken Auges erkrankt.

Geldfälschungen in großem Maßstab.

□ Budapest, 15. Jan. Im Dorje Wattona wurden heute zwei Insassen wegen Verdacht von Geldfälschungen verhaftet. Sie sind beschuldigt, im ganzen Komitat falsche Zwei- und Fünfkronenstücke in Kurs gebracht zu haben. Weitere sensationelle Verhaftungen stehen bevor.

Unterhaltungsblatt.

Rehabilitiert! Roman von Josef Buchhorn. (Fort.) — Wo es gut war. Eine Dorsgeschichte von August Birch. — Die Mizeren des Kritikers. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Bunte Zeitung. — Literatur. Schach und Rätsel.

**Wegen Abbruchs des Hauses
Räumungs-Verkauf**

des gesamten Warenlagers:

**Möbelstoffe, Portiären, Gardinen, Decken,
Teppiche, Läuferstoffe, Linoleum,
Orientalische Teppiche, Vorhänge, Stickereien.**

Der Rabatt auf die üblichen Verkaufspreise beträgt bis zu **30 Prozent.**

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Umtausch und Auswahlsendungen können nicht stattfinden.

Wilhelm Röper

Leipzig, Goethestr. 1 (Augustusplatz)

Königl. Sächs. Hoflieferant.

Herzogl. Altenb. Hoflieferant.

Paul Schauseil & Co.

kommanditiert v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch u. Eilenburg.

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Banknoten und Geldsorten.

Check-Conto-Corrent-Wechsel-Domizilstelle für Wechsel-Einlösung von Coupons etc.

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen). Verlosungs-Kontrolle. Privat-Tresore
(einzeln vermietbar).



Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.
Halle a. S. Fernsprecher 903.
Abteilung C.
Centralheizungen aller Systeme.
Besonders empfehlenswert:
Etagenheizungen
vom Küchenherd aus.
Lüftungs- u. Trockenanlagen.
Eigene Rohrhitze.

Wollen Sie gut und billig rauchen?



500 Stück dieser beliebten Marke, nebst 40 Stück verschiedene gute Frossegarren versende trotz des neuen Tabakgesetzes für den billigen Preis von nur 7.00 Mark.
Billiger kann niemand liefern.
P. Pokora.
Zigarrenfabrik,
Neustadt Westpr. No. 180.

Hallesche Maschinenbaugesellschaft
Kaye & Co. G. m. H. Halle a. S.



Dampfmaschinen, Luftkompressoren, Vakuumpumpen, Pumpen aller Art, Uebernahme sämtl. Reparaturen.

Hallesche Metallgiesserei
Armaturen- u. Maschinenfabrik
Gose & Werner
Halle a. S.

Armaturen jeder Art für Maschinen-, Pumpen- u. Dampfkesseleinrichtungen. Schweißpressen, Metallguss in all. Legierungen nach eigenen u. fremd. Modellen. Reparaturen.

Jede kluge und sparsame Hausfrau verlangt
Bourzutschkys Marmeladen



Unübertroffen in Qualität, Aroma und Ausgiebigkeit. Zu haben in allen besseren einschlägigen Geschäften, wo nicht, verlange man Angabe der nächsten Verkaufsstelle von **H. Bourzutschky Söhne, Wittenberg, Bachh. Halle a. d. Saale.**

Ph. Mayfarth & Co.
Maschinenfabrik
Frankfurt a. M., Berlin N 4
Breslau, Leipzig, Posen
haben
Sicherheits-Sellwinden.

Sommerville's
Bremer Börsen-Feder

in EF, F, M Spitze
Eine Bureau-Feder von unübertroffener Qualität.
Ueberall erhältlich.
Man verlange gratis Muster!

CHESTRO MILLIONENFACH erprobt.
Endwell



Zu haben in fast allen einschlägigen Geschäften.
Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Kluge Krefeld.
Man verlange ausdrücklich die ges. gesch. Marke **ENDWELL** und **CHESTRO** um sich vor Nachahmungen zu schützen.

Wäsche-Mangeln
(Drehrollen) sowie Wäsche-Zentrifugen (Trockenmaschinen) für Haus- od. Geschäftsbetrieb konfession. hergestellt, liefern zu günstigen Bedingungen.
E. Fischer & Co.,
Maschinen-Fabrik, Chemnitz i. Sa.

Akkumulatoren
für elektr. Klein- und Großbetriebe. Reine Zellen 1.40 Mk. Jahresprod. ca. 100 000 Stück. Zündkerze, Zündlampe, Jämf. elektr. Kräfte. Alfred Luecher, Dresden 22, 27.0.

Größte Hallesche Hauschlachterei
mit Motorbetrieb.
Bernhard Borgis, Halle a. S., Domplatz 10.
Jeden Montag und Donnerstag
Grosses Schlachtfest.
Hochfeine Wurstwaren
aus nur reinem, frischem Schweinegut.
Elektrische Anlagen
jedes Art und Größe.
K. Rast, Halle a. S., Geißstr. 28, Tel. 691.

Leipziger Centraltheater.
Unser **Maskenfest,**
das grösste, eleganteste und vornehmste der Saison, findet
Mittwoch, den 19. Januar 1910
in sämtlichen Räumen statt.
Herren im Masken- oder Ballanzug. — Damen im Maskenanzug oder Domino.
Eintritt: Herren Mk. 5.00, Damen Mk. 4.00. Im Vorverkauf: Herren Mk. 4.00, Damen Mk. 3.00.
Billets werden gegen Einzahlung des Betrages zugesandt.

„Zum Würzburger“
Am Gallmarkt, Fernspr. 2807.
Würzburger Bürgerbräu
Hierzu empfehlend.
Sipillon-Versand.
Küsterlauf für Halle a. S.

Das beste Klavier-Entenblei spielt täglich von 4-12 Uhr
im **Wintergarten: 7 Klavier.**
Tanz-Unterricht.
Der II. Kursus unseres Unterrichts im Hotel Kaiser Wilhelm, Bernburgerstr., beginnt am Montag, den 17. Januar. Geht. Anmeldungen erbitten wir in unserer Wohnung in der Zeit von 11-1 Uhr.
F. Rocco, E. Rocco, Universitäts-Tanzlehrer,
Blumenthalstr. 11, Kurfürstenstr. 8.

Norddeutscher Lloyd BREMEN



Schnell- und Postdampfer-Verbindungen
von Bremen zu allen Weltteilen
Nord- und Süd-Amerika
New York sowie wöchentlich nach oder über Southampton, Cherbourg
Süd- und Ost-Asien und Australien
Schiffspostdampfer-Linien
Niedrige Angehörige
Norddeutscher Lloyd in Bremen
dessen Agentur:
in Halle a. S.:
L. Schönlicht, Bankgeschäft,
Poststr. (Stadt Hamburg).

raunlage
Wintersport.
Winterkuren.
Bedeutendste Rodabahn Norddeutschlands.
Vorzügliches Skigebiet. Erstklassiger Sprunghügel.
Jede Auskunft und Prospekt durch die Kurverwaltung.
Diakuren, Zentralheizung, Elektr. Beleuchtung, Lift.
Dr. Vogeler's Sanatorium
Hotel Brauner Hirsch, Bester Aufenthalt für Wintersport.
Hotel Blauer Engel, Vornehmes Sporthaus.
Ständige Skikurort. **Sanatorium Dr. Barner** Best. Lage für Wintersport. Eig. 300 m lange Rodabahn.

Johanneser Kurhaus bei Zellerfeld im Oberharz.
Neuerb. gechluter Winteraufenthalt. Gute Hotels und Schlittschuhbahn. Vorzügliches Gebirge zum Schneeschuhwandern. Ritten abends bei elektrischer Beleuchtung. Heilmitteln auf Wunsch Station Goslar (2 St.) oder Clausthal-Zellerfeld (1/2 St.) gefandt. Hoch Annehmlichkeiten evd. All. Prosp. Tel. Clausthal Nr. 11.
Bad Nauheim, Cleonoren-Hospiz.
Am Kurpark in nächster Nähe der Badehäuser. Vornehm eingerichtetes Haus mit Zentralheizung, elektr. Licht, Musik usw. Das ganze Jahr geöffnet. Zimmer mit voller Pension zu mäßigen Preisen. Frischgetriebene. — Besondere Prospekt!

Kalender 1910
für Besitzer von Wertpapieren,
Praktisches Handbuch für jeden Kapitalisten,
wird gratis versandt von 912
Bankhaus E. Calmann, Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 3.

Wratzke & Steiger
Juwelen. • Halle a. S.

Fernspr. 164. Fernspr. 164.
Eduard Eder,
Spiegelstr. Nr. 12,
empfehl in größter Ausmaßt und allen Preislagen
Beleuchtungskörper
für Elektr. Gas, Spiritus und Petroleum.
Sämtliche Ersatzteile.
Gaskocher, Gasplatten, Gasheizöfen.
Großes Lager in
Badeeinrichtungen für Gas- u. Kohlenfeuerung.
Sitz-, Rumpf- u. Kinderbadewannen.
Zimmerklosetts — Bidets.
Auftragungen von Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen.
Bauflemperei und Apparatebau.
Viele Referenzen über große Staats- u. hädtliche Bauten.
Kostenanschläge bitte einzufordern. 1074

Zur Aufführung
im
Stadttheater in Halle a. S.
Sonntag, den 16. Januar 1910,
nachmittags 3 Uhr
Der eingebildete Kranke
Komödie in drei Aufzügen
und
Der Geizige
Lustspiel in fünf Aufzügen
von
Jean Baptiste Moliere.
Preis des 25. J.
in Weinband 60 S.
Verlag von Otto Henbel
in Halle a. S.

4936) Günstigste Dauerhafte
Korsetts
von 1.00 — 8.00 Mk. empfängt
H. Schöne Nachf., Gr. Steinstr. 84

Waschgefäße
dauert, billig, sauber, Gr. Kaiserstr. 12, Mittl. d. Ab. - Sp. - U.
Knappe & Wörk's Eukalyptus-Bonbons
(Schupmarke Zwillinge)
Patet 30 S. Patet 30 S.
Bestes Sündemittel gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung etc.
Täg. lobende Anerkennungen.
Ein Versuch überzeugt.
Beim Einkauf wolle man genau auf die Schupmarke Zwillinge achten, andere weise man zurück.
Ueberall zu haben.
Hauptvertriebs- u. Vert. f. Halle a. S.
Adolph Herrmann,
Gr. Ulrich- u. Steinstr. 6/6c.

Patentanwalt Sack-Leipzig
Wenn Sie von hartnäckigen **Sautjuden** befallen sind, so daß Sie, durch den übermächtigen Reich, gequält, Arme und Reine mit den Händen bearbeiten müssen, und keinen Schlaf finden, verschafft Ihnen **Dr. Rod's Kühlprobe** sofort Erleichterung. Topf a 3 Mk. Zu haben in den Apotheken.
Haupt-Depot: **Giesch-Apothete.**

Ang. Kunad, Gr. Steinstr. 33, Fernspr. 2508.
In- oder treibriemen, Reparatur, schnell u. bill.

Hygienische Betttäschchen
Bettreinigung garant. sof. Alter u. Geschlecht angeben! Ausk. unsonst! **„Sanitas“**, Völsburg No 231, Bayern.

Wäschmangeln
in allen Größen, jeder Kontur zum übertröpfenden Fabrikat. liefert unter Garantie
Paul Thiele, Wäschmangelwerk, Chemnitz, Scharnhorststr. 11.